

Bauern fordern Reformen: Regierung muss jetzt handeln!

Die AGÖ präsentiert ihr Regierungsprogramm in Wien, um die Anliegen der Bauern zu stärken und Lösungen für die Landwirtschaft zu bieten.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Mit einem klaren Bekenntnis zur Zukunft der Landwirtschaft und einer frischen Brise an Reformen hat die IGBO das Regierungsprogramm der kommenden Bundesregierung begrüßt. Besonders hervorgehoben wird der Abschnitt zur Personaloffensive in der Landesverteidigung, der als entscheidender Schritt gegen den Abgang hochqualifizierter Berufsoffiziere aus dem Bundesheer wahrgenommen wird. „Nur so kann der ‘Personalfucht’ wirksam begegnet werden“, erklärte ein Sprecher der IGBO. Diese Maßnahmen sollen rasch umgesetzt werden, um dem dramatischen Verlust von Fachkräften entgegenzuwirken – ein wichtiges Signal für die Sicherheit und Stabilität der Republik Österreich, wie die IGBO weiter ergab und die Thematik in einem Punkt klar ansprach: die Notwendigkeit der Attraktivitätssteigerung im Militär. **Die APA berichtete, dass die IGBO diese Maßnahmen dankbar annimmt.**

Umfassende Landwirtschaftsreform gefordert

Parallel dazu hat die AGÖ, eine mächtige Interessenvertretung von über 5.200 Bauern, in Wien ihr umfassendes „Regierungsprogramm“ vorgestellt, das aus mehr als 54 konkreten Vorschlägen besteht. Bei der Präsentation forderten

Milchbäuerin Martina Mittermayr und Geflügelbauer Manfred Muhr einen „Bürokratieabbau nach dem Motto ‘mehr Hausverstand statt Bürokratie’“. Dieses Programm zielt darauf ab, die Einkommen der Höfe zu steigern und ein gerechtes Marktumfeld für bäuerliche Produkte zu schaffen. Die AGÖ ist überzeugt, dass durch eine „Bauernmilliarde“ Investitionsgelder fließen müssen, um die landwirtschaftlichen Betriebe über mehrere Jahre zu unterstützen. Zudem sollen Vorschläge zur Reorganisation der Landwirtschaftskammern erarbeitet werden, um die Standesvertretung effektiver zu gestalten.

Die AGÖ hat angekündigt, ihr Programm an alle im Parlament vertretenen Parteien zu übergeben, um keinerlei Ausflüchte in der Diskussion um landwirtschaftliche Themen zuzulassen. Sollte ihre Stimme ignoriert werden, sind Protestmaßnahmen nicht ausgeschlossen, was zeigt, wie ernst die Lage für viele Betriebe ist. Wie **Landwirt-Media berichtet**, beabsichtigen die Vertreter, auch kommenden Regierungen auf die drängenden Probleme der Landwirtschaft aufmerksam zu machen.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • landwirt-media.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at